GEMEINDE WETTINGEN

wettingen

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 6. Mai 2010, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Beat Brunner, Präsident

Anwesend:
Mitglieder des Einwohnerrates 48
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Thomas Sigrist, Schulpflegepräsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt
Werner Hartmann
Barbara Loppacher

Traktanden:

1. Protokoll der Sitzung vom 11. März 2010

2.1 Einbürgerung; Agramonte Paulino Emmanuel, geb. 7. Dezember 1987, dominikanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 150

2.2 Einbürgerung; Avdulji Shpendi, geb. 29. September 1994, albanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, J.-J.-Ryffelstrasse 13

2.3 Einbürgerung; Fratto Stefania, geb. 23. Mai 1992, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Rankstrasse 5

2.4 Einbürgerung; Gomes de Lima Thiago, geb. 14. Februar 1983, brasilianischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Stiegelenstrasse 35, Wettingen

2.5 Einbürgerung; Jovanovic Zoran, geb. 4. August 1980, serbischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Eigerstrasse 4

2.6 Einbürgerung; Kabayel Vijdan, geb. 6. März 1994, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 49

2.7 Einbürgerung; Nedanovski Ilija, geb. 4. Juli 1996, mazedonischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Pelikanstrasse 22

2.8 Einbürgerung; Petrovic Slobodan, geb. 22. April 1960, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Wiesenstrasse 1

3. Antrag für die Schaffung einer Personalstelle

4. Kreditbegehren von Fr. 476'000.00 für das Massnahmenpaket zur Verkehrsberuhigung der siedlungsorientierten Gemeindegebiete

5. Kreditabrechnung von Fr. 494'753.30 für die Vermarkungsrevision und Erneuerung der Parzellarvermessung Los 7

6. Kreditabrechnung von Fr. 175'190.85 für die Realisierung einer Fusswegverbindung zur Wehrkrone des ewz Kraftwerks

7. Abrechnung von Fr. 3'058'244.20 über den Kredit für Landkäufe (Landerwerbskredit Nr. 27)

8. Interpellation Elsener Konecziny Esther, SP/WettiGrüen, vom 15. Oktober 2009 betreffend Krippenpool und Angebot der Krippenplätze; Beantwortung

0. Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzungen vom 11. März 2010, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.b Go for 5

Wettingen hat den Wettkampf gegen Rheinfelden nicht für sich entscheiden können. Unter den Teilnehmern an Go for 5 konnten auch einige Anwesende ausgemacht werden. Als Ansporn für eine Teilnahme in den nächsten Jahren liegt ein Energieriegel auf dem Tisch.

0.c Trends&Styles-Magazin

Auch auf dem Tisch liegt das neue Trends&Styles-Magazin. Auf den ersten 10 Seiten hat es Informationen über Wettingen, v.a. über die Ankunft der Tour de Suisse am 15. Juni 2010 in Wettingen.

0.d Neueingänge

0.b.a Interpellation Maibach Markus, Fraktion SP/WettiGrüen, vom 6. Mai 2010 betreffend Verkehrsmassnahmen Brückenkopf Ost

Der Kanton Aargau bezweckt mit Massnahmen zur regionalen Verkehrssteuerung eine Entflechtung der Verkehrsströme und damit eine Kapazitätsverbesserung für den motorisierten Individualverkehr und eine Qualitätssteigerung des öffentlichen Busverkehrs. Im Raum Baden Wettingen stehen dabei diverse Entflechtungsinvestitionen für die kritischen Knoten im Raum Hochbrücke (West: Schulhausplatz, Mellilgerstrasse; Ost:: Wettingerstrasse/Seminarstrasse) zur Diskussion. Die Massnahmen am Brückenkopf Ost zielen vor allem darauf ab, den Verkehr aus dem unteren Aaretal schneller auf die A1 zu bringen. Vorgesehen sind zwei Etappen. In einer ersten Etappe (2010/2011) soll ein Teil des Verkehrs via Schartenstrasse auf die Landstrasse gelenkt werden, um die Linksabbieger am Brückenkopf Ost zu minimieren. In einer zweiten Etappe ist eine unterirdische Linienführung in die Seminarstrasse geplant.

Ich bitte den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Was ist der Stand der Projekte am Brückenkopf Ost? Wann ist mit welchen Massnahmen zu rechnen?
2. Welche Auswirkungen sind für Wettingen zu erwarten? Wie gross ist die Gefahr von Mehr-verkehr entlang der Umfahrungsroute Schartenstrasse (damit verbunden allfälligen Kapa-zitätsproblemen auf der Landstrasse) und entlang der Seminarstrasse (damit verbunden: Erhöhtes Risiko für Langsamverkehr von/nach Altenburg Quartier)?
3. Welche Haltung hat der Gemeinde gegenüber den Projekten grundsätzlich (unter Berück-sichtigung der Massnahmen Schulhausplatz in Baden)?
4. Wie gedenkt der Gemeinderat gegenüber dem Kanton die Interessen Wettingens wahrzunehmen? Z.B.

    - Umgang mit Durchgangsverkehr entlang Seminarstrasse
    - Ausweichverkehr ins Altenburgquartier
    - Erreichbarkeit unteres Aaretal versus Erreichbarkeit innerhalb Wettingen (z.B. Abbiegemöglichkeit Seminarstrasse Richtung Landstrasse)

0.b.b Kleine Anfrage betreffend Investitionen 1960 - 2009 der Gemeinde Wettingen im Bereich der freien Gemeindetätigkeit

Die angestrebte Erweiterung und Ertüchtigung der Sport- und Freizeitanlage Tägerhard würde Investitionen von bis zu 80 bis 100 Mio Franken erfordern.

Damit stellt sich neben anderen Fragen auch diese:

Soll die Gemeinde praktisch die gesamten Finanzmittel, welche ihr für die freie Tätigkeit zur Verfügung stehen, für das «tägi» einsetzen?

Um in der bevorstehenden politischen Auseinandersetzung über diese Frage informiert diskutieren zu können, drängt sich ein Blick zurück auf, um sich Klarheit zu verschaffen, für welche Zwecke, Bedürfnisse und Interessengruppen die Gemeinde in den vergangenen 50 Jahren welche Beträge ausgelegt hat.

Ich bitte den Gemeinderat deshalb, für den Zeitraum 1960 - 2009 eine Zusammenstellung über die Investitionen zu machen, welche die Gemeinde im Bereich der freien ungebundenen Gemeindetätigkeit getätigt hat.

In die Zusammenstellung sollen - inflationsbereinigt - die eigenen Investitionen sowie die an Dritte ausgerichteten Investitionsbeiträge - einschliesslich der Darlehen, die faktisch à fond perdu gewährt wurden - aufgenommen werden, welche zum Geldwert 2009 im Einzelfall den Betrag von 50'000 Franken überstiegen.

Die Zusammenstellung soll die getätigten Investitionen sinnvoll aufgliedern, sodass ersichtlich wird, für welche Interessenbereiche in den vergangenen Jahren wie viel investiert wurde. Wie weit er die Aufgliederung differenzieren will, stelle ich ins Ermessen des Gemeinderates. Die Zusammenstellung soll jedoch auf jeden Fall für folgende Interessenbereiche:

- Sport
- Kultur
- Soziales

- Jugend
- Geselligkeit, übriges Vereinsleben, Quartieraktivitäten

aufzeigen, wie viel diese für die Infrastrukturen, welche sie benötigen, bisher erhalten haben.

0.b.c Postulat Fraktion EVP/Forum 5430 vom 6. Mai 2010 betreffend Einführung des reduzierten Winterdienstes

Antrag:

Wir bitten den Gemeinderat, die generelle Einführung von reduziertem Winterdienst zu prüfen.

Begründung:

Das Konzept zur Ausführung des Winterdienstes in Wettingen wurde letztmals Mitte der 80er Jahre überarbeitet. In diesen 30 Jahren hat sich das Bewusstsein, was Salz in der Natur und an Fahrzeugen anrichtet, verändert. Bäume und Pflanzen nehmen Schaden und Fahrzeuge müssen regelmässig gereinigt werden, um nicht vorschnell Rost anzusetzen. Zusätzlich ist Salz ein für Mensch und Tier hochwertiges Gut, welches nicht achtlos vergeudet werden sollte.

Dieser Winter war sehr kalt und eisig, in der Schweiz wurde viel Salz gestreut und es kam zu Engpässen des Salzlieferanten. Deshalb beschloss die Gemeinde Wettingen Ende Januar 2010 vorübergehend, den reduzierten Winterdienst einzuführen. Diese Erfahrung erzwungen durch die Umstände lässt sich bestimmt nützen, wenn es darum geht, den Einsatz von Streusalz unter dem Kriterium der Nachhaltigkeit zu optimieren. Selbstverständlich müssen die Bedürfnisse an die Sicherheit beachtet und entsprechend neuralgische Orte unter Umständen wie bis anhin gesalzen werden.

1. Protokoll der Sitzung vom 11. März 2010

Das Protokoll der Sitzung vom 11. März 2010 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

2. Einbürgerungen

2.1 Einbürgerung; Agramonte Paulino Emmanuel, geb. 7. Dezember 1987, dominikanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 150

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 45 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

2.2 Einbürgerung; Avdulji Shpendi, geb. 29. September 1994, albanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, J.-J.-Ryffelstrasse 13

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 44 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugesichert.

2.3 Einbürgerung; Fratto Stefania, geb. 23. Mai 1992, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Rankstrasse 5

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 45 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

2.4 Einbürgerung; Gomes de Lima Thiago, geb. 14. Februar 1983, brasilianischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Stiegelenstrasse 35, Wettingen

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 46 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugesichert.

2.5 Einbürgerung; Jovanovic Zoran, geb. 4. August 1980, serbischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Eigerstrasse 4

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 44 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugesichert.

2.6 Einbürgerung; Kabayel Vijdan, geb. 6. März 1994, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 49

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 45 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

2.7 Einbürgerung; Nedanovski Ilija, geb. 4. Juli 1996, mazedonischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Pelikanstrasse 22

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 43 : 0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zugesichert.

2.8 Einbürgerung; Petrovic Slobodan, geb. 22. April 1960, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Wiesenstrasse 1

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 44 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugesichert.

3. Antrag für die Schaffung einer Personalstelle

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: Mit dem Postulat vom 26. Juni 2008 von Patrick Bürgi wurde der Gemeinderat ersucht, die Schaffung einer Fachstelle Personal der Gemeinde Wettingen per 1. Januar 2009 zu prüfen. Der Postulant schlägt eine Stelle im Bereich 80 % vor. Der Vorstoss ist am 4. September 2008 vom Einwohnerrat überwiesen worden. Die Bearbeitung des Postulates Bürgi ist im Zusammenhang mit der Querschnittsaufgabenüberprüfung (Postulat SP/WettiGrüen „Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen“ vom 24. Januar 2008) im Herbst 2009 erfolgt. Dazu hat der Einwohnerrat am 10. September 2009 einen Kredit für den Beizug eines externen Beraters bewilligt. Die Keller Unternehmensberatung AG wurde daraufhin beauftragt, einen Vorschlag zur Optimierung der Queschnittsaufgaben und zur Schaffung einer Stelle eines Personalchefes zu erarbeiten. Der sehr ausführliche Bericht kommt im Bereich Personal zu folgender Aussage:

"Das Personalwesen wird aufgrund der Ressourcensituation der Kanzleiabteilung nur minimal betreut. Aus Sicht der Abteilungsleiter ist dieser Zustand unbefriedigend und entspricht in keiner Weise den Vorstellungen eines zeitgemässen Personalmanagements. Im Vergleich zu anderen Gemeinden vergleichbarer Grössenordnung – welche zwischen einer und drei Stellen für das Personalwesen einsetzen – steht die Gemeinde Wettingen heute absolut im Abseits."

Der fundierte und ausführliche Bericht kommt im Bereich Personal zu folgender Empfehlung:

"Wir empfehlen Ihnen, die Stelle eines Personalchefs zu schaffen. Sowohl die Ausarbeitung mit den Abteilungsleitern, der Vergleich mit anderen Gemeinden, wie auch die Einschätzung des externen Beraters, lassen den eindeutigen Schluss zu, dass die Gemeinde Wettingen zur Verstärkung der Personalarbeit einen entsprechenden Fachbereich bilden sollte."

Wieviele Stellen braucht es? Aufgrund verschiedener Publikationen wird mit einem Personalquotient (Personalfachleute pro 100 Mitarbeitende) von 0.5 bis 1.7 gerechnet. Wie wir es von Wettingen gewohnt sind, rechnen wir eher mit 0.5 wie mit 1.7. Für die Gemeinde Wettingen mit 250 Mitarbeitenden würden somit 125 % Stellenprozente anfallen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Finanzverwaltung einen geringen Teil der Aufgaben (Lohnadministration) weiterhin wahrnehmen wird.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat nach Prüfung der Unterlagen mit 6:0 bei 6 Anwesenden eine Personalfachstelle mit 100 % Pensum zur Annahme.

Werner Häfliger: Die Fraktion FDP ist auch der Ansicht, dass das Personalwesen in der Gemeindeverwaltung Wettingen professionalisiert werden muss. Es soll nicht heisse, dass es bis jetzt amateurhaft gemacht wurde. Aber für einzelne Belange haben die bisherigen Verantwortlichen einfach nicht die erforderliche Zeit. Wir befürworten die Schaffung einer Fachstelle Personal. Die Fraktion FDP hat Mühe bei der Bezeichnung der Stelle mit "Personalchef", beim Pensum und beim Aufgabenbereich, welcher nochmals zu überdenken wäre. Der Gemeinderat verspricht sich mit der Anstellung eines Personalchefs eine Entlastung anderer Stellen. Bei der Kanzleiabteilung und den Gemeindeschreibern ist dies unbedingt nötig, damit die Gemeindeschreiber für ihre angestammten Belange genügend Zeit haben. Der Gemeinderat verspricht sich auch eine Entlastung bei den Abteilungsleiter. Dies können wir nicht ganz glauben. Wenn Sie einen Personalchef einstellen, wird dieser seine Notwendigkeit und Wichtigkeit beweisen müssen, in dem er die Abteilungsleiter mit zusätzlichen Aufgaben eindeckt. Das wäre das erste Mal, dass eine neue Stabstelle eine Entlastung in der Linie bringen würde. Die Gemeinde braucht keinen Personalchef, welcher seine Bedeutung dadurch unterstreichen kann indem er der Kanzlei Arbeiten zum Schreiben bringt, sondern die Gemeinde braucht einen Facharbeiter oder eine Facharbeiterin Personal. Chefs wollen führen und benötigen dafür Mitarbeiter, um ihre Cheffunktion zeigen zu können. Die Gemeindeverwaltung braucht keinen neuen Chef, sondern jemanden, der Arbeit erledigt, anderen hilft und Unterstützung bietet. Man muss den neuen Mitarbeiter oder die neue Mitarbeiterin nicht mit allem zudecken, was im weitesten Sinn mit der Personalführung zu tun hat. Zum Beispiel hat die Lehrlingsbetreuung nach meinem Wissen bisher sehr gut funktioniert und stellt für die verantwortliche Person eine attraktive Erweiterung ihres Aufgabenbereiches dar. Man muss also sicher nicht sofort alles ändern. Ich fasse zusammen: wir benötigen keinen Chef, sondern einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin für die Fachstelle Personal. Damit können auch die Rekrutierungskosten, welche jetzt mit Fr. 35'000.00 veranschlagt sind, reduziert werden.

Sie müssen nicht ¼-seitige Inserate machen, sondern ganz profane Inserate, wie wenn Sie einen normalen Mitarbeiter oder eine normale Mitarbeiterin suchen. Bis jetzt hat es keine solche Stelle gegeben und trotzdem hat das Personalwesen funktioniert. Die neue Stelle muss nicht alle Personalaufgaben ab sofort selber machen. Deshalb genügt nach unserer Auffassung ein 80 %-Pensum. Der Gemeinderat sagt selbst, er werde die Stelle mit 80 bis 100 % ausschreiben. Da das Personalwesen teilweise ein saisonales Geschäft ist, genügt eine 80 % Stelle, wenn man eine flexible Person anstellt, die die saisonalen Schwankungen selber ausgleicht. Der Gemeinderat soll nicht sagen, er habe auf den Berater gehört, der 100 % empfohlen hat. Bei der organisatorischen Einordnung haltet sich der Gemeinderat auch nicht an die Empfehlungen des Experten. Dies völlig zu recht.

Im Namen der FDP-Fraktion stelle ich folgenden Gegenantrag zum gemeinderätlichen Antrag:

Es wird beantragt, auf den 1. Januar 2011 eine Personalstelle mit einem Pensum von 80 % einzurichten. Der Stellenplan 2011 ist um 80 % zu erhöhen.

Dies müsste eigentlich heissen "… um 80 Stellenprozent zu erhöhen".

Jürg Baumann: Die SVP ist der Meinung, dass es eine Personalstelle braucht. Was uns aufstosst, sind die Aufgaben des Personalchefs. Diese sind wohl aufgeführt, aber nicht definitiv. Wir haben das Gefühl, dass ein Bewerber genau wissen muss, was seine Aufgabe ist. Die Kompetenzabgrenzungen zwischen Gemeinderat, Linienchef und Personalchef müssen von Anfang an klar sein. Je nach Abgrenzungen hat ein Personalchef mehr Kompetenzen. Allenfalls meldet sich auch ein Personalassistent. Es stellt sich auch die Frage, ob der Personalchef intern Verantwortung trägt, wenn sich andere bewerben. Der Gemeinderat sollte die zentrale Frage der Kompetenzabgrenzung bereits im Stellenbeschrieb regeln. Die SVP-Fraktion stellt deshalb folgenden zusätzlichen Antrag:

"3. Der Gemeinderat wird beauftragt, die vorgelegte Stellenbeschreibung gemäss Ziffer II b zu präzisieren, die Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinderat, Linienchefs und Personalchef zu definieren, über das Ganze schon vor der Stellenausschreibung Beschluss zu fassen und die Finanzkommission über seinen Beschluss rechtzeitig zu informieren."

Patrick Bürgi: Die CVP-Fraktion ist erfreut über den Antrag des Gemeinderates und unterstützt die Schaffung einer Personalstelle einstimmig. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass es dringend notwendig ist, dass eine Personalstelle geschaffen wird und damit die Mitarbeitenden aus Personalsicht umfassender und professioneller betreut werden können. Die Einführung dieser Personalstelle wird für sämtliche involvierten Stellen eine win-win-Situation sein. Ganz klassisch wird die Personalstelle als Stabstelle ausgestaltet sein, untersteht damit direkt dem Gemeindeammann, auch wenn sie rein administrativ der Kanzleiabteilung angegliedert ist. Die Personalstelle hat reine Support-Funktion und kann damit beispielsweise im Rekrutierungsprozess die Abteilungsteiler entlasten und sie fachlich unterstützen.

Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass mit der Schaffung einer Personalstelle für die Mitarbeitenden ein Mehrwert geschaffen wird und für die Führungskräfte und den Gemeinderat eine kompetente Anlaufstelle in personalrechtlichen Fragen zur Verfügung steht. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Stelle ist es für die CVP-Fraktion auch richtig, diese Frage der Schaffung einer Personalstelle gesondert von den übrigen Querschnittsaufgaben zu prüfen, zu beraten und zu entscheiden.

Die CVP-Fraktion ist gespannt auf den Bericht über die Resultate der Überprüfung der Querschnittsaufgaben, steht aber vorerst bei der Schaffung einer Personalstelle einstimmig hinter dem Antrag des Gemeinderates. Es ist erfreulich, wie umfassend und professionell diese Vorlage aufgegleist wurde. An dieser Stelle gebührt dem Gemeinderat besten Dank.

Abschliessend erlaube ich mir als Postulanten noch dem Gemeinderat den Wunsch mit auf den Weg zu geben, eine Zusammenarbeit zwischen der vorliegend zu schaffenden Personalstelle und dem EW zu prüfen. Ich bin überzeugt, dass dies auch für das EW ein Gewinn wäre und die heute involvierten Stellen ausschliesslich positiv unterstützen könnte.

Und zum Schluss bitte ich Sie, die Anträge der FDP und der SVP abzulehnen. Es ist richtig, dass die Stelle zu 80 oder 100 % ausgeschrieben wird. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass eine qualifizierte Person gefunden werden kann. Auch rechtfertigt sich eine 100 %-Stelle in Anbetracht der anstehenden Arbeiten und des Pflichtenhefts. Entscheidend ist, dass eine qualifizierte Person eingestellt werden kann, sekundär, ob dies im 80 %- oder 100 %-Pensum erfolgt. Letztlich spielt es meines Erachtens auch keine Rolle, ob die Stelle "Personalstelle" oder "Fachstelle Personal" genannt wird, vielmehr, was dessen Aufgaben sind und die hat der Gemeindrat in seiner Botschaft umschrieben. Mit dem gewünschten Vorgehen der SVP habe ich Mühe. Ich erachte es klar als Kompetenz des Gemeinderates, über die von der SVP geforderten Punkte zu entscheiden. Es ist kein Zwischenschritt über die Fiko notwendig.

Markus Maibach: Auch die Fraktion SP/WettiGrüen unterstützt den Antrag des Gemeinderates für eine neue Personalstelle. Die Notwendigkeit ist unbestritten für ein Unternehmen mit 250 Mitarbeitenden und einer relativ hohen Personaleffizienz. Wir erwarten von dieser Stelle einerseits eine Verbesserung des Prozesses, eine Entlastung und v.a. eine steigende Qualität in der Personalbetreuung. In der Praxis ist das Wichtigste für die Entlastung, dass die Prozessführung von der Linie zur Personalstelle wechselt. Deshalb ist es wichtig, dass die Stelle eine leitende Funktion hat in gewissen Prozessen, insbesondere im Rekrutierungsprozess. Nur dann gibt es eine Entlastung und deshalb muss diese Stelle Personalchef heissen. Ich hätte sogar Angst, dass bei einer Degradierung zu einer Personalassistenz, genau diese Prozesse redundant wären und zum Schluss noch mehr Aufwand gäben. Es ist sonnenklar, dass die operative Personalführung in der Linie bleibt. Gerade das Führen von guten Prozessen hilft, die Linie und den Gemeindeschreiber zu entlasten. Die Stelle ist ausgeschrieben als 80 – 100 % Stelle. Das ist eine moderne Art der Ausschreibung, mit einem Pensum, welches am unteren Rand der Experten-Empfehlung liegt. Die 80 – 100 % Ausschreibung heisst nicht, dass mit der Zeit die Stelle von 80 % auf 100 % ausgebaut wird. Diese spricht auch Personen an, die eine gewissen Flexibilität suchen. Dies erhöht die Qualität der sich bewerbenden Personen, z.B. auch solche, die Kinder zu betreuen haben. Ich bin überzeugt, dass die Stelle, wenn die Prozesse gemäss meinen Erwartungen gestaltet werden, zu einem 100 % Pensum ausgebaut wird. Die Ausführungen zu den Quotienten im Vergleich mit anderen Gemeinden sprechen Bände. Ich möchte noch den Link zu den weiteren Querschnittaufgaben machen. Wir haben uns durch den Gemeindeammann informieren lassen, dass wir im Herbst die finale Berichterstattung erwarten können, in der alle Querschnittsaufgaben enthalten sind. Ich fasse zusammen: Wir lehnen die Anträge der SVP und der FDP ab. Der Antrag der FDP genau deshalb, weil nur eine Personalchefstelle diese Entlastung bringen kann. Für die SVP gibt es die gleiche Antwort, wie Sie sie von Patrick Bürgi erhalten haben. Es ist nicht Sache des Einwohnerrates, in die Details des Stellenbeschriebes einzugreifen. Wo kämen wir hin, wenn

wir bei jeder Stelle so mitreden möchten. Es ist ganz klar in der Kompetenz des Gemeinderates.

Andreas Rufener: Die Fraktion Forum 5430/EVP unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Ich danke für die positive Aufnahme des Antrages, welcher in Ihrem Auftrag erstellt wurde. Wir sind froh, dass wir diesen Antrag stellen konnten: Einerseits aus meinen ersten Erfahrungen, seit ich mein Amt angetreten habe, und andererseits auch bestätigt durch den Bericht der Keller Unternehmensberatung AG. Es ist an der Zeit, etwas zu unternehmen. Nicht, dass bis jetzt nichts gemacht wurde, aber man hatte einfach schlichtweg nicht genügend Ressourcen. Der Gemeinderat will eine Verbesserung des Prozesses, eine Entlastung des Prozesses erreichen. Letztlich sind wir es unserem Personal schuldig. Wir sind mit 250 Angestellten ein mittelgrosses Unternehmen. Wir beantragen keine Personalabteilung. Wir beantragen jemanden, der sein Wissen zur Verfügung stellt und gewisse Führungsfunktionen übernimmt. Ich gehe auf die Anträge kurz ein: Wir beantragen eine Personalstelle. Dies ist die richtige Bezeichnung. Es ist eine bedingte Entlastung der Abteilungsleiter. Insbesondere der Kanzlei mit Gemeindeschreiber und Gemeindeschreiber-Stv. Diese Entlastung ist die grösste und wohl unmittelbar am Wirksamsten, wenn man die Aufgaben im heutigen Stellenbeschrieb kennt. Nicht im rechtlichen Stellenbeschrieb, sondern was sonst noch neben der eigentlichen Kernaufgabe der Kanzleiführung erledigt werden muss. Die Personalführung und -betreuung nebenbei zu machen, ist nicht möglich. Bei den Abteilungsleitern ist es eine bedingte Entlastung. Durch die Professionalisierung wird sich dies auch in der Qualität niederschlagen, denn auch als Abteilungsleiter muss man heute vieles machen, das durch die Personalfachstelle übernommen wird. Im Bericht sehen Sie auf Seite 3 unter "Erforderliche personelle Dotation" die Berechnung des beantragten Pensums. Vergleicht man mit anderen Gemeinden und anderen Fachquellen, wäre das Pensum grösser. Wir sind aber der Auffassung, dass der vorliegende Antrag von 100 % ausreicht. Wir wollen keinen Personalchef implizieren und eine weitere Abteilung aufbauen. Es geht darum, eine Personalstelle zu schaffen. Ich möchte Ihnen beliebt machen, nicht eine Wettinger Lösung zu wählen und nicht tiefer als 100 % zu gehen. Die Ausschreibung 80 -100 % macht möglich, dass sich mehr Leute bewerben. Dies zeigt die Erfahrung. Wir möchten gerne die 100 % Stellendotation erhalten. Zur Aufgabenumschreibung: Im Antrag ist ersichtlich, was wir von der Stelle erwarten. Selbstverständlich gehört die Ausarbeitung der Stellenbeschreibung letztlich dazu. Der effektive Stellenbeschrieb muss nach Stellenantritt der Person angepasst, fein justiert werden. Was das Anforderungsprofil und die Aufgaben sind, erarbeitet der Gemeinderat vorgängig zur Stellenausschreibung. Hier haben wir ein Kompetenzabgrenzungsproblem: Dies ist Aufgabe des Gemeinderates, nicht der Finanzkommission. Hier sind die Kompetenzen einzuhalten. Bezüglich EW: Sollte das EW Fragen personeller Natur haben, würde sich der Gemeinderat sicher nicht verschliessen, diese durch die Stelle beantworten zu lassen. Würde dies allerdings Ausmasse annehmen, die in eine tägliche Betreuung ausufern würde, müsste sicher eine Regelung getroffen werden. Wir möchten jetzt so starten und sind sicher offen, auch unter Berücksichtigung des Postulates, Hand zu bieten. Ich danke Ihnen und bitte Sie um Zustimmung zum gemeinderätlichen Antrag und um Ablehnung der Anträge FDP und SVP.

Abstimmung Gegenantrag Ausschreibung FDP

Der gemeinderätliche Antrag auf Einrichtung einer Personalstelle mit einem 100 %-Pensum erhält 30 Stimmen.

Der Antrag der FDP auf Einrichtung einer Personalstelle mit einem 80 %-Pensum erhält 17 Stimmen.

Enthaltung: 1

→ Der gemeinderätliche Antrag obsiegt.

Abstimmung Gegenantrag Erhöhung Stellenplan

Der gemeinderätliche Antrag um Erhöhung des Stellenplanes um 100 Stellenprozent erhält 31 Stimmen.

Der Antrag der FDP um Erhöhung des Stellenplanes um 80 Stellenprozent erhält 15 Stimmen.

Enthaltungen: 2

→ Der gemeinderätliche Antrag obsiegt.

Abstimmung Zusatzantrag SVP

Der Zusatzantrag der SVP

3. Der Gemeinderat wird beauftragt, die vorgelegte Stellenbeschreibung gemäss Ziffer IIb zu präzisieren, die Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinderat, Linienchefs und Personalchef zu definieren, über das Ganze schon vor der Stellenausschreibung Beschluss zu fassen und die Finanzkommission über seinen Beschluss rechtzeitig zu informieren.

wird mit 13 : 35 Stimmen abgelehnt

Hauptabstimmung

Der Einwohnerrat Wettingen fasst mit 45 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen (1.), bzw. mit 44 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen (2.), folgenden

Beschluss

1. Es wird auf den 1. Januar 2011 eine Personalstelle mit einem Pensum von 100 % eingerichtet.

2. Der Stellenplan 2011 wird um 100 Stellenprozent erhöht.

4. Kreditbegehren von Fr. 452'000.00 für das Massnahmenpaket zur Verkehrsberuhigung der siedlungsorientierten Gemeindegebiete

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: In den vergangenen 20 Jahren wurde nach Priorität und Bedarf ein grosser Anteil der siedlungsorientierten Gemeindegebiete Tempo 30 Zonen zugewiesen.

Der Gemeinderat hat über das Büro Ballmer + Partner AG, Aarau, eine Überprüfung hinsichtlich der Optimierung und Ergänzung verkehrsberuhigender Massnahmen in allen Quartieren von Wettingen in Auftrag gegeben. Bestandteil dieser Überprüfung war ein Mitwirkungsverfahren der Bevölkerung. 88 % der Mitwirkenden äusserten sich positiv in bezug auf Tempo 30 in den Quartieren. Ich gehe davon aus, dass der FiKo die Ausführungen des Gemeinderates zum Kreditbegehren bekannt sind und gehe nicht weiter auf die Ausgangslage, den Projektbericht mit Massnahmen, Gebietseinteilung und Verfahrensablauf ein.

Der Gemeinderat unterbreitet nun der Finanzkommission das Kreditbegehren von Fr. 452'000.00 für das Massnahmenpaket zur Verkehrsberuhigung der siedlungsorientierten Gemeindegebiete (Tempo 30 Zonen).

Das Wichtigste im Überblick
Die Gemeindegebiete wurden auf die Optimierung und Ergänzung verkehrsberuhigender Massnahmen überprüft. Anhand von Verkehrserhebungen wurden Gebiete und Realisierungsprioritäten definiert. Die Kosten für die Realisierung der vorgeschlagenen Massnahmen betragen voraussichtlich insgesamt Fr. 452'000.00. Nach Projektgenehmigung durch den Einwohnerrat muss das Gutachten dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt zur Prüfung und Genehmigung unterbreitet werden. Die bauliche Umsetzung ist, mit einer voraussichtlichen Bauzeit von 7 Monaten, ab Sommer 2011 vorgesehen.

Die Realisierungskosten
Ein grosser Teil der Realisierungskosten fällt bei der Vor- und Nachbearbeitung einer Einführung der Tempo 30 Zonen in den Siedlungsgebieten an.

Begleitende Kosten

Massnahmenkonzept	Fr.	46'500.00		
Gutachten	Fr.	39'000.00		
Massnahmenplan	Fr.	48'000.00		
Öffentlichkeitsarbeit	Fr.	15’000.00		
Nachkontrolle	Fr.	52'500.00		
Total begleitende Kosten			Fr.	201’000.00

Bauliche Kosten

Auflagen und Einsprachen	Fr.	15'110.00		
*Baukosten (siehe Erläuterung)	Fr.	151'100.00		
Bauleitung	Fr.	22'665.00		
Diverses und Unvorhergesehenes	Fr.	30'220.00		
Total bauliche Kosten			Fr.	219’095.00
MwSt. und Rundung			Fr.	31'905.00
Total Kosten			Fr.	452’000.00

*Die Baukostenschätzung der Firma Ballmer + Partner AG, die zusammen mit der Abteilung Bau und Planung der Gemeinde Wettingen aufgestellt wurde, ist sehr detailliert nach Gebieten und einzelnen Massnahmen gegliedert.

Folgende Punkte scheinen mir wichtig:

Bei einer Realisation sämtlicher Prioritäten kann im Bereich Öffentlichkeitsarbeit Fr. 5'000.00 (ca. 30 %) eingespart werden. Wird nicht die gleichzeitige Umsetzung aller Gebiete beschlossen, muss das Verfahren mit Gutachten, Massnahmenplan bei späterer Einzonung für die verbleibenden Gebiete neu gestartet und erneut dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt zur Prüfung und Genehmigung unterbreitet werden muss. In diesem Fall werden im minimum die begleitenden Kosten höher ausfallen. Die Gleichbehandlung aller Prioritätsstufen führt zu klaren Vorgaben auf dem gesamten Gemeindegebiet. Das wird sich positiv auf die Akzeptanz der Verkehrsteilnehmer auswirken.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat nach Prüfung der Projektunterlagen mit jeweils 3:3 bei 6 Anwesenden und dem jeweiligen Stichentscheid des Präsidenten das Kreditbegehren mit sämtlichen Prioritätsstufen zur Annahme.

Yvonne Vogel: Die FDP-Fraktion steht diesem Kreditbegehren mehrheitlich positiv gegenüber und befürwortet die Umsetzung der nötigen baulichen Massnahmen. Es gehört unumstritten auch zu den Aufgaben einer Gemeindebehörde, ein entsprechendes Verkehrskonzept zu unterstützen, welches es der Bevölkerung ermöglicht, sich sicher und unfallfrei in einem Wohnquartier zu bewegen. Wir sind überzeugt, dass mit den anvisierten Massnahmen die Wohnqualität in den entsprechenden Gebieten um ein x faches gesteigert wird. Der einzige kritische Punkt des Kreditbegehrens, aber nicht der unwichtigste, sind die hohen Kosten. Dies hat in unserer Fraktion zu einigen Diskussionen geführt. Es handelt sich doch um einen Betrag von fast Fr. 500‘000.00, welches für das Massnahmenpaket beantragt wird. Vor knapp 10 Jahren, am 7. September 2000, hat der damalige Einwohnerrat einen Kredit von Fr. 145‘000.00 für die Umsetzung des Projektes Tempo 30 Zonen mit Massnahmenkatalog in den Quartieren Altenburg, Schöpflihausen, Bernau und Dorf. Am 15. Mai 2003 ist im Einwohnerrat die Kreditabrechnung für die Realisierung dieser Massnahmen vorgelegt worden. Man höre und staune, die Kreditabrechnung fiel mit Fr. 100'528.50 um fast einen Drittel geringer aus als beantragt. Die Rückschau in die Vergangenheit wirft für das vorliegende Kreditbegehren einige Fragen auf. Waren die Perimeter damals um so vieles kleiner? Wie man aus den Unterlagen ersehen kann, nicht wirklich. Ist die Teuerung derart explodiert? Sie ist sicher gestiegen, aber nicht in diesem Umfang. Sind die Baukosten für verkehrsberuhigende Massnahmen derart teurer geworden? Wohl kaum. Zum Posten Öffentlichkeitsarbeit: Was darf man darunter verstehen? Die FDP-Fraktion freut sich, zu diesen Punkten eine Erklärung zu erhalten.

Stefan Signer: Bereits im Frühling 2008 hat sich die CVP klar dafür eingesetzt, dass in allen Wettinger Wohnquartieren auf einfache Art ohne Pöller etc. Tempo 30 eingeführt werden soll. Mit einem so kleinen finanziellen Aufwand können soviele Bürger von Wettingen profitieren wie noch nie, denn aus allen Quartieren kamen positive Rückmeldungen. Die Sicherheit des Langsamverkehrs kann auf relativ einfache Art erhöht und somit die Wohnqualität von Wettingen gesteigert werden. Deshalb stimmt die CVP-Fraktion geschlossen und aus Überzeugung allen 3 Prioritätsstufen zu.

Andreas Rufener: Unsere Fraktion EVP/Forum5430 unterstützt auch die Umsetzung aller 3 Prioritäten auf einmal. Dies hat den Vorteil, dass - ist man nicht auf einer Hauptsammelstrasse unterwegs - man weiss, dass man in einer 30er Zone ist. Man muss nicht immer studieren, ob man in einer Tempo 30 Zone ist oder nicht. Dies wird die Akzeptanz des ganzen Systems stärken.

Joseph Wetzel: Ich möchte ein paar Gesichtspunkte zu bedenken geben. Wenn man die Empfehlungen der bfu aus den Jahren 2007 und 2008 zur Verkehrssicherheit durchliest, dann zeigt sich, dass die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer am Besten gewährleistet wird, wenn möglichst zusammenhängend Tempo 30 signalisiert wird. Das vermindert den Signalisationswirrwarr, welchen Andreas Rufener auch gerade angesprochen hat, und macht allen klar, welches die richtigen Sammelstrassen sind, wo man weiterhin mit Tempo 50 verkehren darf und welches die Quartierstrassen mit erhöhtem Sicherheitsbedarf und deshalb mit Tempo 30 signalisiert sind. Die Bevölkerung in Wettingen hat überall das gleiche Sicherheitsbedürfnis. Die Schulwege führen durch praktisch alle diese Zonen, welche durch Ballmer + Partner untersucht wurden. Kinder, Betagte etc. sollen alle wissen, an welchen Stellen sie besonders vorsichtig sein müssen, weil es sich um eine Tempo 50 Strasse handelt und wo sie wegen Tempo 30 sicherer sind. Aus diesen Gründen befürwortet die Fraktion SP/WettiGrün alle drei Teile der Vorlage und bittet alle im Saal, dies auch zu tun, damit die Sicherheit und die Wohnqualität für möglichst alle Einwohnerinnen und Einwohner markant zunimmt.

Pius Benz: Die SVP-Fraktion ist gegen eine flächendeckende Tempo 30-Zone. Aus folgenden Gründen: Die exponierten Gebiete im Bereich von Schulen und öffentlichen Plätzen sind bereits seit Jahren verkehrsberuhigt. Die Unfallstatistik gibt keinen Anlass für weitere solche Massnahmen. Ein Grossteil des Verkehrsaufkommmens im Quartier wird durch dessen Bewohner selbst verursacht und muss deshalb durch Eigendisziplin gelöst werden. Die Kosten von Fr. 452‘000.00 sind nur die halbe Wahrheit, weil bei jeder Strassensanierung zusätzliche Anrampungen, Verengungen, Rabatten und teure Schickanen eingebaut werden. Ich empfehle die Aeschstrasse als Beispiel. Dies wurde als Vorarbeit für Tempo 30-Zone so erstellt. Das Aufstellen von Kübeln, Betonsockel, Pfosten und Rampen ist für die schwachen Verkehrsteilnehmer eher eine Gefahr als eine Sicherheit. Durch verkehrsbehindernde bauliche Massnahmen wird die Arbeit der Kehrichtabfuhr, des Winterdienstes und der Feuerwehr wesentlich behindert, was auch nicht im Interesse der Bevölkerung ist. Die Ressourcen der Polizei sollen besser für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung eingesetzt werden durch vermehrte Patrouillentätigkeit auch während der Tageszeit. Ich habe noch eine Anmerkung: Vor 9 Jahren hat man die bestehenden Verkehrsberuhigungsmassnahmen gemacht. Sie haben lediglich Fr. 145‘000.00 gekostet. Der Perimeter betrug rund die Hälfte des überbauten Wettinger Gebietes. Es ist erstaunlich, was es jetzt kosten soll. Wenn man in letzter Zeit die Prognosen von höchster Stelle bezüglich der Gemeindefinanzen und einer allfällig damit verbundenen Steuerfusserhöhung gehört hat, mutet es eigenartig an, dass man alleine an der heutigen Sitzung 2 Vorlagen zu beurteilen haben, die tief in die Gemeindefinanzen eingreifen. Wir empfehlen Ihnen die Ablehnung der Vorlage.

Marie-Louise Reinert: Ich spreche nicht als Mitglied der Fraktion, sondern als eine der 12 %, die an der Umfrage nicht ja gesagt haben. Wir wollen alle, dass Wettingen ein Wohnort ist, deshalb sollen die Leute langsam fahren. Wenn ich dieses Blatt und den Plan anschaue, finde ich, ich möchte auch den Schutz eines solchen Schildes haben. Es hat aber in diesem Plan einen kleinen Verdeckungseffekt. Die weissen Strassen sind im Bericht Balmer und Partner erwähnt.

Die weissen Strassen - Kantons- und Sammelstrassen - sind durch Tempo 30-Massnahmen nicht berücksichtigt, obwohl die meisten Unfälle und grössten Gefährdungen auf diesen Strassen sind. Das sagt der Bericht Balmer und Partner ganz deutlich. Unsere Kinder überqueren diese Strassen, wo Tempo 50 ist und auch bleibt. Für die Schulwegsicherung ist es also keine Lösung. Was ist eine Zone 30? Man fährt 30 km/h, man darf nicht schneller fahren. Überall gilt Rechtsvortritt, es gibt keine Fussgängerstreifen, Fahrzeuge haben gegenüber Fussgängern Vortritt. Jeder Einstieg in und jeder Ausstieg aus einer 30er Zone muss mit einer Tafel markiert sein. Was kaufen wir damit noch alles ein? Z.B. diese Tafeln und die Hindernisse (Betonpfosten mit vielen Schildern). Dies multipliziert für alle Strassen, die Ein- und Ausgänge für eine Tempo 30-Zone sind. Die Idee und die Einsicht, dass viele Tafeln die Sicht verderben, stammt nicht von mir, aber sie ist wahr. Ich habe den Eindruck, man sollte schauen, ob es nicht ein milderes Mittel als den Tafelwald gibt. Zum Beispiel so etwas (zeigt ein Plakat mit dem Text: "Wettingen ist ein Wohnort – Bitte fahren Sie langsam!"), das an den Wettinger Ortseinfahrten aufgestellt wird. Wie Baden, das mit Plakaten auf Bussen bei Littering aufmerksam macht. Dieses Schild hätte für die grossen Strassen auch einen Effekt. Den anderen Vorteil muss ich Ihnen nicht sagen. Ich stelle den Antrag, mit den vorhandenen Plakateständern - keinen zusätzlichen - eine Aktion mit solchen Plakaten zu machen anstelle des Tempo 30.

Hermann Steiner: Ich hatte selten so Freude an einem Votum von Marie-Louise Reinert. Es stimmt alles, was sie sagte. Wir können doch nicht gegen Verkehrssicherheit und den Schutz von Kindern und Velofahrern sein. Ich bin aber auch der Meinung, dass man nicht überall Schilder und Blumenkisten etc. aufstellen soll. Dies ist gefährlich. Es erstaunt mich, dass alle sagen, sie haben positive Rückmeldungen auf Tempo 30 Zonen. Ich höre aber auch anderes. Ich weiss von solchen, die durch das Quietschen von Bremsen geweckt werden, weil genau dort die 30er Zone beginnt. Dann werde ich noch kurz geschichtlich: Am 20. Oktober 1991 fand in Wettingen eine Abstimmung über die flächendeckende Einführung Tempo 30 statt. 2/3 der Stimmberechtigten lehnten die Vorlage ab. Was wir hier machen, ist auch flächendeckend. Es kommt einfach scheibenweise. Mit den Buchstaben und der Prioriätenliste kann ich sowieso nichts anfangen. Wieso ist man nicht ehrlich und sagt, man macht alles gleichzeitig. Wir werden die Vorlage ablehnen und hoffen, dass der Menschenverstand auch bei den anderen siegt.

Andreas Rufener: Beim Autofahren hört der gesunde Menschenverstand auf. Man sieht es schon an den Autos, die die Leute kaufen, obwohl man seit Jahren weiss, dass grosse Geländewagen nicht zeitgemäss sind, werden sie noch immer gekauft. Man braucht das, es ist cool. Dann muss man sauber reglementieren, dass derjenige, der übertritt, auch gebüsst wird. Dies ist nur mit einer Tempobeschränkung möglich und mit Tempo 30 besteht die Reglementierung und Möglichkeit um zu büssen.

Gemeinderat Felix Feiner: Das meiste, was für den gemeinderätlichen Antrag spricht, wurde durch den Präsidenten der Finanzkommission gesagt. Ich gehe auf die Frage der FDP betreffend Kosten ein: Die vorliegenden Kosten sind eine Schätzung. Wie die Schätzung zustande kam, sehen Sie im Bericht Ballmer+Partner. Die Kosten bestehen nicht nur aus Investitionen in Tafeln. Es gibt auch eine Desinvestition von Tafeln. Unter Umständen gibt es weniger Tafeln als bisher in den Quartieren. Dass die letzte Umsetzung kostengünstiger war, hat 2 Gründe: 1. Früher waren es kleinere Schilder. 2. Seit der letzten Umsetzung wurde ein Bundesgerichtsentscheid gefällt, welcher verlangt, dass gewisse Massnahmen gemacht werden müssen (Auflagen, Einsprachen, Nachkontrollen, Massnahmenplanungen etc.). Dies sind wesentliche Kosten dieser Fr. 452'000.00. Die Massnahmen sind verpflichtend und kosten.

Die Einführung der Tempo 30-Zone ist im Interesse der Bevölkerung. Die Tempo 30-Zone macht eine Co-Existenz des Langsamverkehrs neben dem Autofahrer möglich. Die gemachten Erfahrungen in den bisherigen Zonen sind sehr positiv. Nochmals zu den Kosten: Wir werden versuchen, kostengünstig zu vergeben, so wie dies in den anderen Vorlagen auch der Fall ist.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Eine kurze Ergänzung zu den Ausführungen des Ressortvorstehers: Der umfassende Bericht war in der Aktenauflage und erklärte die Prioritätenordnung: dies ist keine zeitliche, sondern zeigt die Abklärungen, die vorgenommen werden müssen. Es ist mittlerweile anders als vor 9 oder 10 Jahre. Es gab am 13. Juli 2006 einen Bundesgerichtsentscheid, welcher das Verfahren von früher nicht mehr zulässt. Aus diesem Grund mussten die ganzen Gutachten, Massnahmenkonzepte, Massnahmenplanungen etc. gemacht werden und führte zu den Mehrkosten. Ich äussere mich zum Antrag von Marie-Louise Reinert. Der Antrag lautet: "Die Gemeinde Wettingen markiert die ganze Gemeinde mittels einer Plakataktion als "Wohn-Ort mit Langsamfahren". Der Plakattext lautet: Wettingen ist ein Wohn-Ort: Fahren Sie langsam!" Es ist ein sympathischer Antrag. Aber Sie haben gar keine Grundlagen, einen solchen Antrag jetzt zu entscheiden, da Sie nicht wissen, was es kostet. Es ist kostenrelevant und heute kann nicht beziffert werden, wie hoch die Kosten sind. Es wäre unseriös, dies zu überweisen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Der Gemeinderat kann diese Idee entgegen nehmen und diskutieren. Eigentlich bräuchte es eine Interpellation oder ein Postulat, aber es ist nun protokolliert und kann sicher im Gemeinderat diskutiert werden.

Marie-Louise Reinert: In den Realisierungskosten unter "Öffentlichkeitsarbeit" stehen je Fr. 5‘000.00 für jede Prioriätsstufe, macht Fr. 15‘000.00 im ganzen. Ich schätze, dass eine Plakataktion in diesem Bereich sein könnte. Ich möchte noch bemerken betreffend Titel "Kreditbegehren von Fr. 452'000.00 für das Massnahmenpaket für die Verkehrsberuhigung der siedlungsorientierten Gemeindegebiete": Wir haben offenbar siedlungsorientierte Gemeindegebiete und solche, die es nicht sind: Märzengasse, Schartenstrasse, Seminarstrasse seien demzufolge nicht siedlungsorientiert. So viel ich weiss, haben wir eine Mischung und an allen Strassen Leute, die wohnen. Es ist bloss nicht überall die gleich edle Wohnlage.

Markus Maibach: Ich bin etwas verwirrt, ob das nun ein Zusatzantrag oder eine Anregung zum Einsetzen bei der Öffentlichkeitsarbeit ist oder ob es ein Gegenantrag ist. Ich persönlich habe Sympathie für die Idee einer Plakataktion. Für mich muss es aber kein Antrag sein. Für mich liegt es in der Kompetenz des Gemeinderates, wie er die Öffentlichkeitsarbeit gestalten möchte. Wenn es so ist, wie ich es verstanden habe, also keine grundsätzliche Alternative zum Tempo 30 Ansatz, würde ich dem Gemeinderat die Kompetenz geben, die Details zu klären.

Pius Benz: Wenn man in anderen Gemeinden schaut, können diese mit wenigen Mitteln (Tafel, Tempo 30 Markierung am Boden) Tempo 30 einführen. In der Gemeinde Wettingen muss man Poller machen, Gräben etc. Ich staune nur, es kann offenbar einfach nicht genügend kosten. Ich möchte mich entschieden dagegen wehren, dass man so teure und unnötige Varianten wählt, die für Velofahrer, Kinderwägen etc. Schikanen darstellen.

Thomas Meier: Wer den Bericht angeschaut hat, sieht, dass nicht einmal 10 % von allen Massnahmen sind für Signalisationstafeln bestimmt sind. Weit über 80 %, 90 % sind für Pinselstriche und Markierungen eingesetzt. Nicht für Tafeln. Es gibt keinen Wildwuchs oder Gefährdung des Veloverkehrs.

Warum hat man vor 20 Jahren die flächendeckende Einführung mit grosser Mehrheit abgelehnt? Und warum würde sie heute mit grosser Mehrheit angenommen? Flächendeckend hiess früher, möglichst viel mobilitätshindernde Sachen hinzustellen, damit es den Autofahrern ganz sicher verleidet. Das war vor 20 Jahren die Philosophie. Dies hat sich massiv verändert, vor 10 Jahren schon, als die ersten Zonen eingeführt wurden. In Wettingen war nie ein Wildwuchs wegen Tempo 30 Zonen. Auch mit dieser Vorlage nicht. Die Mehrkosten haben die Juristen zu verantworten. Der Bundesgerichtsentscheid führte dazu. Die Umsetzung ist nach gutem Wettinger Modell sinnvoll, bescheiden, auf richtige Art - so dass der Nutzen da ist. Wir haben selten die Gelegenheit, mit so einem kleinen Betrag für so viele Bewohnerinnen und Bewohner eine Verbesserung zu erzeugen mit einer einmaligen Investition. Ich schätze, davon sind ca. 10'000 der 20'000 Einwohner positiv betroffen. Wir haben die Gelegenheit, dieser sehr sinnvollen, günstigen und nutzbringenden Vorlage zuzustimmen. Sollte es doch noch einen Antrag wegen Plakaten geben und der Gemeinderat möchte eine Kostenvorgabe für die Abstimmung haben, dann hätte ich noch eine Adresse für eine günstige und gute Umsetzung einer Plakataktion.

Marie-Louise Reinert: Mein Antrag steht als Gegenantrag.

Gemeinderat Felix Feiner: Marie-Louise Reinert, ich denke, der Antrag ist nicht unbedingt nötig. Wir könnten so etwas im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vorsehen. Wir finden sicher eine Lösung, entweder in diesem Rahmen oder unter dem Titel Standortmarketing.

Marie-Louise Reinert: Ich habe doch kein Patent! Ich wurde gefragt, ob dies ein Antrag ist und ich habe gesagt ja. Ich stelle doch keinen Zusatzantrag, wie die Gemeinde die Öffentlichkeitsarbeit zu machen hat. Sie kann ja immer noch Plakate machen. Aber es ist ein Gegenantrag. Ich werde den Antrag nicht zurückziehen.

Leo Scherer: Ich muss den Antrag ablehnen. Wir können nicht nach dem Prinzip leben, dass alle nett sind und auf das Verständnis der Leute setzen.

Abstimmung Antrag Marie-Louise Reinert

Der Antrag

"Die Gemeinde Wettingen markiert die ganze Gemeinde mittels einer Plakataktion als "Wohn-Ort mit Langsamfahren". Der Plakattext lautet: Wettingen ist ein Wohn-Ort: Fahren Sie langsam!"

wird mit 8 : 40 Stimmen, bei 0 Enthaltungen, abgelehnt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst je mit 34 : 13 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgende Beschlüsse:

1. Für die Umsetzung der Massnahmen zur Verkehrsberuhigung mit Prioritätenstufe 1 wird ein Bruttokredit in Höhe von Fr. 175'000.00 (inkl. 7.6 % MwSt.) bewilligt.

2. Für die Umsetzung der Massnahmen zur Verkehrsberuhigung mit Prioritätenstufe 2 wird ein Bruttokredit in Höhe von Fr. 172'000.00 (inkl. 7.6 % MwSt.) bewilligt.

3. Für die Umsetzung der Massnahmen zur Verkehrsberuhigung mit Prioritätenstufe 3 wird ein Bruttokredit in Höhe von Fr. 105'000.00 (inkl. 7.6 % MwSt.) bewilligt.

5. Kreditabrechnung von Fr. 494'753.30 für die Vermarkungsrevision und Erneuerung der Parzellarvermessung Los 7

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: Dieses Geschäft wurde von Werner Hartmann in Detail geprüft. Er hat mich gebeten, ihn heute zu vertreten. Für die materiellen Details der Vorlage wird auf die Ausführungen des Gemeinderates verwiesen. Die Kostenberechnungen bei diesem Kreditbegehren basierten auf dem Preisstand 1990 und stellten nur eine sehr grobe Schätzung dar. Erfreulicherweise resultieren nun massive Minderausgaben. Federführend beim Geschäft war der Kanton. Wie bei solchen Vermessungsgeschäften üblich, führen Einsprachen seitens der betroffenen Grundeigentümer oft zu grossen zeitlichen Verzögerungen, was die lange Laufzeit dieses Projektes erklärt. Weitere Ausführungen erübrigen sich. Ich empfehle Genehmigung der Kreditabrechnung und Auflösung der Vermessungskommission.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Die Kreditabrechnung von Fr. 494'753.30 für die Vermarkungsrevision und Erneuerung der Parzellarvermessung Los 7 wird genehmigt.

2. Die Vermessungskommission wird aufgehoben.

6. Kreditabrechnung von Fr. 175'190.85 für die Realisierung einer Fusswegverbindung zur Wehrkrone des ewz Kraftwerks

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: Dieses Geschäft wurde von Werner Hartmann in Detail geprüft. Er hat mich gebeten, ihn heute zu vertreten. Für die materiellen Details der Vorlage wird auf die Ausführungen des Gemeinderates verwiesen. Die massive Kostenunterschreitung ist im Wesentlichen auf die gute Zusammenarbeit und die Kostenbeteiligung seitens des ewz zurückzuführen. Weitere Ausführungen erübrigen sich.

Wer den Fussweg mit dem Limmatübergang beim Kraftwerk noch nie selbst getestet hat, sollte das unbedingt nachholen. Hier wurde ein grosser Mehrwert für die Bevölkerung geschaffen. Die Finanzkommission empfiehlt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Martin Egloff: Die FDP stimmt der Abrechnung selbstverständlich zu. Im Grossen und Ganzen ist das Bauwerk gelungen. Es wurden ca. Fr. 50'000.00 eingespart gegenüber dem Kostenvoranschlag. Dies ist erfreulich. Ich konnte an einem sonnigen Sonntag 11 Eidechsli zählen und diverse Käfer, die sich in der Trockensteinmauer getummelt haben. Die Natur nimmt Besitz von dieser naturnahen Mauer. Auf der Talseite dieses Weges wurde eine Art Elementweg verwendet. Dies steht für mich im krassen Gegensatz zur Trockensteinmauer, sowohl ästhetisch als auch im Sinn der Nachhaltigkeit. Dort tummeln sich keine Tiere. Das Geländer ist nicht sehr ansprechend. Es sieht aus wie aus dem Coop Baucenter. Ich finde es schade, dass nicht etwas Einheitliches an diesem schönen Ort entstanden ist. Mängel hat es auch in der Fertigstellung. So ist auch ein Band, in welchem das Elektrische durchgeführt wird, ausserhalb der Erde. Letztlich möchte ich anregen, dass eine solche Baute mit einer öffentlichen Begehung eingeweiht werden könnte.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung in Höhe von Fr. 175'190.85 für die Erstellung der Fusswegverbindung zur Wehrkrone des ewz Wasserkraftwerks über die Limmat wird genehmigt.

7. Abrechnung von Fr. 3'058'244.20 über den Kredit für Landkäufe (Landerwerbskredit Nr. 27)

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: Der Gemeinderat unterbreitet dem Einwohnerrat die Abrechnung des Landerwerbskredits Nr. 27. Mit Beschluss vom 5. April 2001 wurde der Landerwerbskredit vom Einwohnerrat bewilligt. Gemäss der damals gültigen Gemeindeordnung betrug die Maximalgrenze des Landerwerbskredits Fr. 3 Mio. Franken. Der vorliegende Kredit wurde durch den Landkauf Fohrhölzli vom 15. Dezember 2009 in der Höhe von Fr. 430'000.00 mit Fr. 3'058'244.20 ausgeschöpft und mit Fr. 58'244.20 überschritten. Der Landerwerbskredit Nr. 28 in der Höhe von Fr. 4 Mio. Franken ist per 31. Dezember 2009 mit Fr. 32'984.10 belastet. Die der Kreditabrechnung beiliegende Abrechnungsübersicht zeigt detailliert sämtliche Positionen der durch den Gemeinderat getätigten Landkäufe auf. Sämtliche Belege sowie Verträge der einzelnen Landkäufe liegen vor und wurden durch mich kontrolliert. Diesbezüglich habe ich keine Beanstandungen. Sämtliche Positionen sind ausgewiesen und transparent dokumentiert. Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat mit 6:0 bei 6 Anwesenden die Kreditabrechnung des Landerwerbskredits Nr. 27 zur Annahme.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Abrechnung über den Kredit für Landkäufe Nr. 27 mit Fr. 3'058'244.20 wird genehmigt.

8. Interpellation Elsener Konezciny Esther, SP/WettiGrüen, vom 15. Oktober 2009 betreffend Krippenpool und Angebot der Krippenplätze; Beantwortung

Esther Elsener Konezciny: Wettingen hat sich in den letzten Jahren um Familien mit Kindern, mit kleinen Kindern, engagiert gekümmert. Das macht sie auch heute noch. Eines der grösseren Projekte war die Initiation und Aufbau des Krippenpools zusammen mit anderen Gemeinden (Baden, Obersiggenthal und Ennetbaden). Der Krippenpool hatte zur Folge, dass Wettinger Familien in Krippen Plätze finden konnten, die einkommensabhängige Tarife haben. Ich bin überzeugt, dass die Familien dieses Angebot schätzen. In den letzten 7 Jahren seit Entstehen des Pools hat sich einiges entwickelt - gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die auch vor Wettingen nicht Halt machen. Es hat immer mehr Familien, die Plätze suchen und auch brauchen. Dem gegenüber stehen die Pool-Krippen, die sehr gut ausgelastet sind, insbesondere für Babys findet man praktisch nie Plätze. Es hat lange Wartelisten. Es gibt für Wettinger Familien, die neu Kinder bekommen, und neu zuziehende Familien praktisch keine Chance, einen Platz in einer Poolkrippe zu erhalten, die einkommensabhängige Tarife hat. Ich denke, hierzu muss man sich Überlegungen machen. Wie soll das langfristig aussehen? Will man nicht handeln? Wenn ja, wie? Dies war der Grund für meine Interpellation.

Ich möchte wissen, was man für die Zukunft, für die Entwicklung der Poolkrippen-Plätze angedacht hat. Ich bin gespannt für die Antworten und bedanke mich beim Gemeinderat für die Auseinandersetzung mit meinen Fragen.

Gemeinderätin Yvonne Feri: Ich bin froh, dass ich diese Interpellation beantworten darf. Es ist nicht alltäglich, dass zu diesem Thema im Einwohnerrat diskutiert wird. Kinderbetreuung ist zur Zeit ein schwieriges Thema. Ich weiss, die Kosten sind am Wachsen. Da in Baden eine Motion zum gleichen Thema eingereicht wurde, haben wir im Krippenpool entschieden, dass wir die Motion und die Interpellation gemeinsam behandeln. Dabei wurde klar, dass alle Fragen gemeindeübergreifend beantwortet werden müssen. Die vier Gemeinden sind dazu bereit und möchten gemeinsam eine Strategie entwickeln. Sie werden merken, dass der Gemeinderat deshalb heute für die Antworten noch nicht viel Fleisch am Knochen hat. Trotzdem hat der Gemeinderat entschieden, dass wir heute etwas zur Interpellation sagen, da das Reglement sagt, dass innerhalb einer gewissen Zeit die Interpellation zu beantworten ist.

Frage 1

Welche Strategien entwickeln die vier Pool-Gemeinden, um die Vorschulkinderbetreuungsplätze bedarfsgerecht anzubieten?

Antwort

Die vier Poolgemeinden haben entschieden, eine Strategie als Leitplanke für eine bedürfnisgerechte Entwicklung der Betreuungsangebote für Vorschulkinder zu entwickeln, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beziehungsweise Ausbildung fördern. In der Strategie soll deshalb schwerpunktmässig auf die Betreuungsangebote in Kindertagesstätten und Tagesfamilien eingegangen werden.

Auf der Basis des Strategieberichtes soll zudem ein Massnahmenplan entwickelt werden, der aufzeigt, wie die wichtigsten strategischen Eckpfeiler umgesetzt werden sollen.

Es sollen folgende Kapitel aufgegriffen werden:

- Grundsätzliche Fragen
- Fragen zur Nachfrage: Was ist ein bedürfnisgerechtes Angebot? Welches Betreuungsangebot besteht zurzeit und welches Nachfragepotential besteht für die Betreuung von Vorschulkindern? Welche Angebotslücken bestehen? Wie soll dem begegnet werden? Welcher Versorgungsgrad soll erreicht werden?
- Rolle der Krippenpoolgemeinden
- Für wen soll das Angebot sein und welche Kostenbeteiligung ist vorzusehen: Welche Eltern sollen von den Gemeinden in welchen Betreuungsangeboten mitfinanziert werden? Wie sozialverträglich sollen die Elterntarife sein?
- Angebotsspezifische Fragen: Wie vielfältig soll das Betreuungsangebot sein? Welche Qualität soll erreicht werden? Wer soll die Angebote führen?
- Benchmark
- Massnahmen: Mit welche Massnahmen und bis wann soll ein bedürfnisgerechtes Angebot erreicht werden?

Frage 2

Wie sieht die dazugehörige Zeitplanung aus?

Antwort

Sofern die Gemeinde Wettingen, resp. der Einwohnerrat, den Budgetbetrag von Fr. 15'000.00 für das Projekt bewilligt, kann gegen Ende des Jahres 2010 mit der Arbeit begonnen werden. Es wird mit einem Jahr Arbeitsaufwand gerechnet. Die anderen Gemeinden haben diesen Betrag bereits bewilligt.

Frage 3

Welche Auswirkungen haben die geplanten Strategien für Wettingen?

Antwort

Dies wird Teil des Berichtes sein.

Frage 4

Welche Auswirkungen haben die geplanten Strategien auf die Plätze für die Betreuung der Schulkinder (Hortplätze) in den Krippen, die zum Pool gehören?

Antwort

Dies wird Teil des Berichtes sein.

Frage 5

Welche Strategien gibt es zusätzlich in Wettingen, wenn es um Fragen betreffend Betreuung der Vorschulkinder - Ressort Soziales - und der Betreuung der Schulkinder (Hort) - Ressort Bildung - geht?

Antwort

Es gibt eine Arbeitsgruppe zu den Tagesstrukturen, welche durch den Ressortvorsteher Bildung geleitet wird. Ich arbeite in dieser Arbeitsgruppe auch mit, ebenso bin ich Mitglied der Präventionskommission.

Frage 6

Welche Synergien werden zwischen den beiden Ressorts genutzt?

Antwort

Siehe Punkt 5. Überall, wo Schnittstellen festzustellen sind, finden ressortübergreifende Absprachen statt.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes anmerken: Es ist vorgesehen, dass wir die Strategie auch mit den Krippen, den Parteien und anderen Akteuren in einem Workshop besprechen. Dadurch werden Sie alle direkt mit einbezogen werden. Ich hoffe, ich konnte die Interpellation zur Zufriedenheit beantworten.

Esther Elsener Konezciny: Ich bin zufrieden mit diesen Antworten. Ich finde es gut, wenn man den Blick auftun kann und eine gesamthafte Betrachtungsweise wählt. Ich hoffe, dass dies nach den Ausführungen von Yvonne Feri auch durchgeführt werden kann.

Werner Häfliger: Ich stelle Antrag auf Diskussion.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird mit 1 : 41 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, abgelehnt.

Beschluss des Einwohnerrates

Von der Beantwortung der Interpellation Elsener Konezciny Esther, SP/WettiGrüen, vom 15. Oktober 2009 betreffend Krippenpool und Angebot der Krippenplätze wird Kenntnis genommen.

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

Wettingen, 6. Mai 2010

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates
Präsident

Beat Brunner

Protokollführerin

Daniela Betschart